

**Bürgerbeteiligung: Gesprächsrunde diskutierte die Chancen und Spielregeln des öffentlichen Dialogs**

## Mitgestaltung statt Wunschkonzert

Von unserem Mitarbeiter Thomas Tritsch



*Wie kann Bürgerbeteiligung gelingen? Im jüngsten BA-Kamingsgespräch wurde dieser Frage in großer Runde nachgegangen. © Neu*

Bensheim. Wo sie fehlt, wird sie vermisst. Wo sie stattfindet, bleibt nicht selten ein fader Geschmack zurück im Sinne von: Es bringt ja doch nichts! Bürgerbeteiligung ist in aller Munde. Die Öffentlichkeit will mitreden. Bei Großprojekten wie Stuttgart 21 ebenso wie bei kleinen Entscheidungen auf kommunaler Ebene.

Experten sprechen von einem Trend: Neben der repräsentativen Demokratie (wählen gehen) wird der Wunsch nach neuen Formaten der politischen Beteiligung immer lauter. Tenor: Mehr Bürgerbeteiligung bedeutet mehr demokratische Teilhabe.

## Konferenz für die Weststadt

Aber wie kann es gelingen, möglichst viele Menschen möglichst früh in einen Entscheidungsprozess einzubeziehen? Welche Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, damit aus einem zielführenden Dialog kein diffuses Wunschkonzert wird, das nach dem Schlussapplaus schnell wieder vergessen ist? Das jüngste BA-Kamingespräch hat danach gefragt, wie Bürgerbeteiligung wirklich funktionieren kann. Es moderierte Karl-Heinz Schlitt, Publizistischer Leiter des Bergsträßer Anzeigers.

Der Anlass ist ein konkreter: Am Mittwoch, 28. September, um 18 Uhr findet in Bensheim die zweite Weststadtkonferenz statt, die von der Stadt in Zusammenarbeit mit der Karl-Kübel-Stiftung veranstaltet wird. Nach dem ersten Treffen im Oktober letzten Jahres wurden zwischenzeitlich die Ergebnisse ausgewertet.

In der Aula der Geschwister-Scholl-Schule soll auf dieser Grundlage weiter diskutiert werden, welche Ideen sich in welcher Form umsetzen lassen. "Wir fokussieren Themen, bei denen die Bürger wirklich mitreden können", so Dr. Jürgen Wüst von der Karl-Kübel-Stiftung. Aber es brauche Rahmenbedingungen für eine Bürgerbeteiligung, die den Namen wirklich verdient: ein offener und transparenter Dialog mit der Politik unter Einbeziehung von Experten und Organisationen. Es gehe dabei nicht zuletzt um die Frage der Verbindlichkeit über ein kollektives Brainstorming hinaus. Wüst ist überzeugt, dass die auf einen begrenzten Stadtteil konzentrierte Bürgerbeteiligung der richtige Ansatz ist: "Die Menschen sind nah dran am Geschehen. Sie können ihre Erfahrungen und Vorstellungen direkt einbringen." Klar ist aber auch, dass es ohne verbindliche Leitlinien und Regeln nicht funktionieren kann. "Bürgerbeteiligung ist ein Handwerkszeug, das man lernen muss", so Dr. Hans-Peter Meister von IFOK. Die Praxis sei ein guter Trainingsplatz.

Meister gilt als einer der international führenden Experten für Nachhaltigkeit, Dialog und Beteiligung. Der Gründer und Inhaber der IFOK GmbH ist gebürtiger Bensheimer. Die Weststadtkonferenz kommentiert er als gutes "Mobilisierungsprogramm" für eine breite Gesellschaft. Bürgerschaftliche Mitbestimmung müsse auch außerhalb parteipolitisch motivierter Wahlkampfzeiten einen Platz haben.

Entscheidend für das Gelingen jedes öffentlichen Dialogprozesses ist laut Meister, dass der konkrete Gestaltungsspielraum im Vorfeld genau abgesteckt wird. Sonst komme es zwangsläufig zu Frust und Konflikten. Wenn Bürgerbeteiligung aber einen organisatorischen und thematischen Rahmen hat, dann taue sie sowohl als gesellschaftspolitisches Radar wie auch als nützliches Instrument der Mitbestimmung, das die Entscheidungen der demokratisch gewählten Gremien nicht ersetzen, wohl aber bereichern könne.

Klar sei aber auch, dass diese Institutionen immer das letzte Wort haben. Auch nach 23 Jahren IFOK bezeichnet Meister Bürgerbeteiligung als andauerndes Experiment. "Das Modell ist längst nicht zu Ende gedacht."

## **Bürgerbeteiligung: Erfahrungswerte der Bürgermeister Glanzer und Kaltwasser**

# **Keine Luftschlösser bauen**

Bensheim. Gut 25 Prozent positive Rückmeldung auf die Einladung zur Zukunftswerkstatt: Für den Einhäuser Bürgermeister Helmut Glanzner ein klares Zeichen dafür, dass die Bürger mitreden wollen. "Man muss erkennen, was die Menschen von Politik erwarten", so der Verwaltungsprofi Glanzner, der den kommunalen Dialogprozess während seiner Zeit im Bensheimer Rathaus aus nächster Nähe miterlebt hat.

Als Chef hat er das erfolgreiche Prinzip gleich nach seinem Amtsantritt in der Weschnitzgemeinde eingeführt. "So kann man Menschen konstruktiv und wertschätzend in die Politik einbinden." Auch, wenn nicht jeder Akteur bis ins Finale mitgeht, wie er aus Erfahrung weiß. Auf dem Weg ins Ziel komme es darauf an, das Wünschenswerte vom Machbaren zu unterscheiden. Der Bau von Luftschlössern sei frustrierend für alle Beteiligten.

"Jede Form von Bürgerbeteiligung braucht eine gute Vorbereitung." Der Lautertaler Bürgermeister Jürgen Kaltwasser rät zu einem gesunden Maß an Skepsis. Wenn der Bürgerwille am Ende nicht umsetzbar ist, führe das zu noch mehr Unmut als zuvor. Man müsse daher mit offenen Karten spielen. Kaltwasser betont: Eine Bürgerbefragung sei nicht bindend, die Gemeindevertretung könne weiterhin frei entscheiden.

Die zurückliegende Debatte um die Ansiedlung von Windkraftanlagen in Lautertal habe gezeigt, dass ein solches Instrument ein zweischneidiges Schwert sei. Zumal die lange unklare Faktenlage in diesem Prozess einem zielführenden Dialog im Weg gestanden hätte. Dennoch: "Vielleicht hätte man die Bürger früher mitnehmen sollen." Vor Ort fand ein Mediationsverfahren statt, nachdem sich ein heftiger Bürgerprotest formiert hatte.

## **Schlechter Ruf**

"Bürgerbeteiligungsprozesse haben einen schlechten Ruf." Die Bensheimer Stadtverordnetenvorsteherin Christine Deppert sieht sie zu oft als öffentliches Kritikforum missverstanden, in dem die Menschen ihren geballten und persönlichen Unmut loswerden wollen. Die sei aber in die falsche Richtung gedacht. Vielmehr gehe es darum, offen und positiv Ideen und Planungen nach vorn zu entwickeln. "Die Politik muss dabei ganz genau zuhören." *tr*

# Ohne Spielregeln funktioniert es nicht

"Wir brauchen eindeutige Spielregeln, wie Bürgerbeteiligung zu funktionieren hat." Dr. Hubert Heinelt ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt.

Er sagt: Nur durch einen ordentlichen Rahmen würden das nötige Maß an Verbindlichkeit geschaffen und "anarchische Tendenzen" reduziert. Damit meint der Soziologe ein ungeordnetes Aufblitzen von Wünschen und Ideen abseits der realen Gestaltungsmöglichkeiten.

Heinelt ist überzeugt, dass die direkte Einbindung des Einzelnen in Entscheidungs- und Planungsprozesse dazu beitragen kann, die gesellschaftliche Akzeptanz für das politische Gemeinwesen zu verbessern. "An der herrschenden Parteienverdrossenheit ändert dies aber nichts. Das sind zwei völlig verschiedene Ebenen."

Der Wissenschaftler empfiehlt einen themenbezogenen statt einen räumlichen Ansatz: Auf diese Weise würden breitere Gesellschaftsschichten erreicht. Der Professor gibt aber auch zu bedenken, dass Bürgerbeteiligung von Politikern aus strategischen Gründen instrumentalisiert werden kann, um eigene Interessen durchzusetzen. Transparenz sei daher eine zwingende Voraussetzung. *tr*

© *Bergsträßer Anzeiger, Donnerstag, 22.09.2016*

<http://www.morgenweb.de/region/bergstrasser-anzeiger/bensheim/ohne-spielregeln-funktioniert-es-nicht-1.2970790>